



Nizza, Lissabon, Dublin – und zurück?

«Lessons from the Treaty Fatigue»

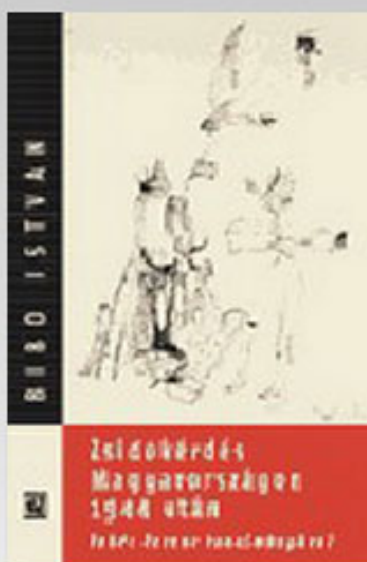
by Dominik Hierlemann

Source:

Spotlight Europe (Spotlight Europe), issue: 13 / 2008, pages: 1-8, on www.ceeol.com.

The following ad supports maintaining our C.E.E.O.L. service

eBooks on Central, East and Southeast Europe



**Zsidókérdés
Magyarországon 1944 után**
Jewish Question in Hungary after 1944

By **Bibó István**

Múlt és Jövő Kiadó, Budapest, 2001
(in Hungarian)

In 1948 in his seminal study
“The Jewish Question in Hungary
After 1944” István Bibó did draw
attention to the role of Hungarian
society at large in the implementation
of the logic of the Holocaust.

more on:

www.dibido.eu

spotlight europe

2008/13 – Dezember 2008

Nizza, Lissabon, Dublin – und zurück?

Dominik Hierlemann

Bertelsmann Stiftung, dominik.hierlemann@bertelsmann.de

Die irische Regierung, darauf deutet vieles hin, will ein zweites Referendum zum Vertrag von Lissabon durchführen. Die Chancen, dass die Iren doch noch mit „Ja“ stimmen steigen. Aber wie geht es dann weiter? Die europäische Politik sollte mit Blick auf die anstehende Europawahl erst einmal fünf Lehren aus der Vertragsdiskussion ziehen.

Die irische Regierung hat sich für ihre Entscheidung viel Zeit gelassen. Bereits auf dem Oktober-Gipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs wollten die Iren ursprünglich ihren Ausweg aus dem Ratifizierungsdilemma präsentieren. Nun sind es zwei Monate mehr des Nachdenkens und Taktierens geworden. Und es hat sich gelohnt. So bitter und ernst die globale Finanz- und Wirtschaftskrise ist: die Wahrscheinlichkeit, dass sich die irischen Bürger in einem zweiten Referendum für den Vertrag von Lissabon entscheiden werden, ist dadurch gestiegen. In Zeiten der wirtschaftlichen Unsicherheit rückt Europa wieder enger zusammen. Gerade die Iren, deren Wirtschaft wie kaum eine andere in Europa von ausländischen Direktinvestitionen abhängig ist, erhoffen sich von der EU eine stabilisierende Wirkung in den momentanen globalen Finanz- und Wirtschaftsturbulenzen.

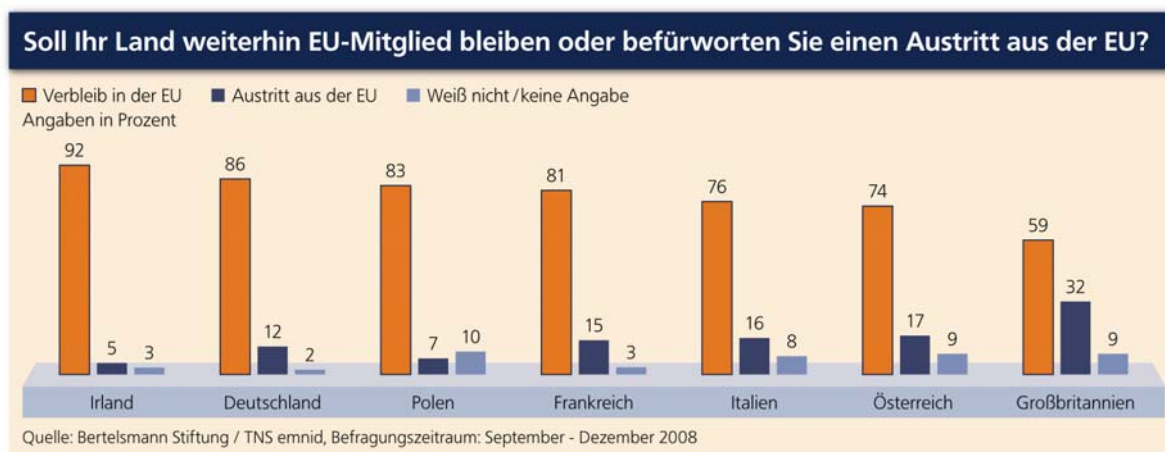
Unterstützung der Bürger

Die öffentliche Debatte der vergangenen Jahre in ganz Europa vermittelte den Eindruck, als würden die Bürger generell am europäischen Projekt zweifeln. Der so genannte „Erweiterungskater“ nach Aufnahme von zunächst zehn und nochmals zwei neuen Mitgliedstaaten, das „Nein“ der Franzosen und Niederländer zur Europäischen Verfassung und schließlich die Ablehnung der Iren zum Vertrag von Lissabon sorgten für eine ständig schwelende und – zumindest so wahrgenommene – wachsende Europakritik. Von dieser Skepsis an der inhaltlichen Ausrichtung der EU-Politik hin zu einer generellen Ablehnung der Europäischen Union war es nicht mehr weit.

Aktuelle Umfragezahlen zeigen nun ein anderes Bild. Stellt man die Bürger vor die Wahl, ob ihr Mitgliedsland in der EU bleiben oder austreten soll, steht für die überwiegende Mehrheit ein Austritt nicht zur Debatte. 81 Prozent der Franzosen, 83 Prozent der Polen und 86 Prozent der Deutschen wollen, dass ihr Land Mitglied der Europäischen Union bleibt. In Österreich, dessen Regierung vor einigen Monaten aufgrund Zwistigkeiten über die künftige Europapolitik auseinanderfiel, sind nur 17 Prozent für einen EU-Austritt.

Selbst unter denjenigen, die möchten dass ihr Land aus der EU austritt, stimmt nur ein kleiner Teil der Aussage zu, dass die EU ihren Zweck erfüllt habe und nicht mehr benötigt werde. Hauptkritikpunkt dieser EU-Gegner ist auch nicht das Demokratiedefizit der EU, sondern die zu starke Einmischung der Union in die Politik der einzelnen Mitgliedstaaten.

Interessanter Aspekt am Rande: Unter den EU-Gegnern kritisieren mehr Briten als Franzosen die mangelnde soziale Sicher-



Selbst in Großbritannien, das nach wie vor als europaskeptischstes Land gelten darf, plädieren lediglich 32 Prozent für den EU-Austritt, wohingegen 59 Prozent der Briten in der EU bleiben möchten.

heit der EU für die Bürger. Gerade die französischen Bürger sehen heute, mehr als zwei Jahre nach ihrem Nein zur Europäischen Verfassung, kein Problem für die Europäische Union.

Ausgerechnet die irischen Bürger, die mit ihrem „Nein“ zum Vertrag von Lissabon für tiefe Depression in Europas politischer Elite sorgten, möchten zu 92 Prozent in der EU bleiben. Allein fünf Prozent der Iren wollen, dass ihr Land aus der EU austritt.

Wahrscheinlich könnte man Land für Land in der EU durchgehen. Vor die Wahl gestellt würden sich die Bürger überall für den Verbleib in der Union aussprechen. Das zeigt: Nicht jede inhaltliche Kritik an diversen EU-Projekten sollte direkt als generelle EU-Kritik ausgelegt werden. Denn diese Tendenz hat in der Politik und bei den Medien in den vergangenen Jahren zugenommen.

II

Irische Möglichkeiten

Ein Erfolg des EU-Gipfels am 11. und 12. Dezember wäre es, wenn ein Kompromiss gefunden wird, der es der irischen Regierung ermöglicht, mit guten Erfolgsaussichten in ein [zweites Referendum](#) zu gehen. Die Grundlage dafür wäre, das zeigen die Diskussionen der vergangenen Wochen, dass Irland - wie alle anderen Mitgliedstaaten auch - seinen EU-Kommissar behalten darf. Die ursprünglich intendierte starke Verkleinerung der Kommission findet so nicht statt. Dann könnten die irischen Wähler den ursprünglichen Vertragstext erneut vorgelegt bekommen - allerdings ergänzt um einige Erklärungen

der irischen Regierung, welche die nationale Souveränität in für Irland sensiblen Fragen unterstreichen. Damit könnte die irische Regierung die Skepsis ihrer Bevölkerung auffangen, die diese in einer Nach-Referendumsumfrage hat erkennen lassen. So äußerten die irischen Bürger Ängste, etwa in eine europäische Armee einberufen zu werden oder eine Grundrechtecharta zu bekommen, die dem Europäischen Gerichtshof zu viel Macht verleiht.

Aktuelle Umfragezahlen aus Irland deuten darauf hin, dass die Iren inzwischen dem Vertrag von Lissabon zustimmen könnten. Vorausgesetzt Irland behält wie jedes andere Mitgliedsland seinen Kommissar, die militärische Neutralität des Landes wird in einer gesonderten Erklärung ebenso betont wie die nationale Hoheit in Fragen der Unternehmensbesteuerung sowie des Abtreibungsrechts. Gleichwohl sind die Umfragedaten über die offenbar veränderte Grundstimmung in der irischen Bevölkerung nicht mehr als ein erstes positives Zeichen. Auch vor dem **ersten Referendum** zum Vertrag von Lissabon sah es lange so aus als würde die Abstimmung keine ernsthafte Hürde darstellen.

Jenseits dieser aktuellen Entscheidungen ist vor allem ein Blick auf die innerirische Entscheidungsfindung interessant. Grundlage der Position der irischen Regierung auf dem EU-Gipfel vom 11. und 12. Dezember 2008 ist ein Bericht des irischen Parlaments über „**Irlands Zukunft in der Europäischen Union**“. Der Bericht ist zwar nicht frei von den üblichen pro-europäischen Klischees, aber in weiten Teilen doch, wie auch **Hugo Brady** feststellt, beeindruckend klar und durchdacht. Der Europaausschuss beschäftigte sich offensichtlich nicht allein mit den technischen Feinheiten des Ratifizierungsverfahrens sondern umfassend mit der Rolle und Stellung der irischen Republik in der Eu-

ropäischen Union. Der Ausschuss stellt unter anderem Folgendes fest:

- Irlands Ansehen und Einfluss in der Europäischen Union hat sich nach dem „Nein“ der Bürger zum Vertrag von Lissabon verringert.

Lange Geschichte: Der Vertrag von Lissabon

Bis 2006

29. OKT. 2004	Unterzeichnung des Verfassungsvertrags in Rom.
29. MAI 2005	Ablehnung des Verfassungsvertrags in einem Referendum in Frankreich .
1. JUNI 2005	Ablehnung des Verfassungsvertrags in einem Referendum in den Niederlanden .
JUNI 2005	Beginn der knapp zweijährigen „ Reflexionsphase “ über die Zukunft der EU.

2007

25. MÄRZ	„ Berliner Erklärung “ zum 50. Jahrestag der EG-Gründung. Vereinbarung der Staats- und Regierungschefs, die EU bis 2009 auf eine „ erneuerte gemeinsame Grundlage “ zu stellen
21./22. JUNI	Erfolg unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft. Einigung auf dem Brüsseler EU-Gipfel über das Mandat für eine Regierungskonferenz und über Eckpunkte eines EU-Reformvertrags .
23. JULI	Beginn der Regierungskonferenz in Lissabon unter portugiesischer EU-Ratspräsidentschaft
18./19. OKT.	Einigung über den Vertrag von Lissabon auf einem Sondergipfel in Lissabon.
13. DEZ.	Feierliche Unterzeichnung des Vertrags von Lissabon in Lissabon.

2008

12. JUNI	Ablehnung des Vertrags von Lissabon in einem Referendum in Irland . Nein: 53,2% / Ja: 46,4% Wahlbeteiligung: 53,1%
19./20. JUNI	EU-Gipfel in Brüssel: Verschiebung der Beratung über das weitere Vorgehen im Ratifizierungsprozess, damit die irische Regierung mehr Zeit zur Analyse hat. Fortsetzung des Ratifizierungsprozesses in den übrigen Mitgliedstaaten, die den Vertrag von Lissabon noch nicht ratifiziert haben.

- Von einem rechtlichen Standpunkt aus betrachtet ist es möglich, dass die EU einen Stillstand erlebt, politisch ist dies aber eher unwahrscheinlich. Viel eher würden die anderen Mitgliedstaaten einen Mechanismus entwickeln, der es ihnen ermöglicht, auch ohne Irland mit dem Integrationsprozess fortzufahren.

- Die Gefahr, dass sich Irland zukünftig außerhalb des inneren EU-Zirkels wiederfinden könnte, wäre im Falle einer Ablehnung des Vertrags von Lissabon realistisch.
- Opt-Out-Regelungen in Vertragsfragen, wie sie etwa Dänemark und Großbritannien in der Vergangenheit durchgesetzt haben, können unerwartete Probleme nach sich ziehen. Gerade die dänische Erfahrung zeigt, dass man sich dann zunehmend am Rande der politischen Debatten wiederfindet. Der Ausschuss konstatiert: „Opt outs are not cost free.“

„Kleinere EU-Länder stehen unter Druck.“

Die Furcht bei der irischen politischen Elite vor einem erneuten „Nein“ der Wähler zum Vertrag von Lissabon ist groß. Und noch größer ist die Angst, damit zu einem zu vernachlässigenden Nebenakteur der europäischen Integration zu werden – mit kaum absehbaren Folgen. Gerade kleine Länder müssen in der tagtäglichen EU-Politik bei Sachfragen frühzeitig für ihre Positionen werben und nach Koalitionspartnern suchen. Doch vor allem integrationsfreundliche Länder dürften jeglichen irischen Annäherungsversuchen im Falle der Nicht-Ratifizierung des Vertrags von Lissabon enorm reserviert gegenüberstehen.

Und auch wirtschaftliche Konsequenzen werden bereits in Irland diskutiert: So könnte etwa in der aktuellen Dynamik bereits eine gefürchtete Isolation dazu führen, dass irische Banken noch größere Schwierigkeiten bekommen, wenn sie sich Geld von den internationalen Märkten besorgen möchten. Internationale Investoren in Irland sind ob der politisch unsicheren Situation beunruhigt, vertrauen aber auf die Weitsicht, was in diesem Fall bedeutet die Einsicht, der irischen Bürger in EU-Fragen. Die nervöse Debatte in irischen Wirtschaftskreisen zeigt nebenbei, dass der bei EU-Skeptikern immer noch weit verbreitete Glaube, man könne die wirtschaftlichen Vorteile der EU-Integration

genießen, ohne die politische Vergemeinschaftung bzw. engere Koordination unterstützen zu müssen, auf Sand gebaut ist.

In jedem Falle belegt der Alarmismus des Parlamentsausschusses, dass kleinere EU-Länder im Falle einer Nicht-Ratifizierung von Verträgen unter ganz besonderem Druck stehen. In der Tat: Das damalige „Nein“ der Franzosen und Niederländer zur Europäischen Verfassung wurde von der pro-europäischen politischen Elite teilweise verständnisvoll akzeptiert. Die Iren dagegen mussten sich – wohl auch weil sie zu den Hauptgewinnern der Integration zählen – ein ums andere Mal anhören, wie sie mit diesem Verhalten der europäischen Einigung schaden.

Die Billigung wer sich wie oft gegen den europäischen Mehrheitswillen auflehnen darf, ist unter den Mitgliedsländern ungleich verteilt. Kleinere Mitgliedsländer, die nicht schon von Beginn an die Europäische Gemeinschaft mitprägen, haben hier schlechtere Karten. Nur mit dieser Grundstimmung erklärt sich die – wenn auch unverzüglich wieder zurückgenommene – Reaktion des deutschen Außenministers [Frank-Walter Steinmeier](#), der direkt nach dem irischen Referendum sinngemäß meinte, nun müsse man eben auch prüfen, wie es ohne Irland weitergehen könne.

III

Wie geht es weiter?

Nach wie vor droht [Ungemach aus der Tschechischen Republik](#). Zwar beseitigte das tschechische Verfassungsgericht zunächst die weiteren Hürden zur parlamentarischen Ratifizierung des Vertrags von Lissabon. Doch die verfassungsrechtliche Unbedenklichkeit bezog sich lediglich auf die von den Klägern hinterfragten Vertragsteile. Andere Eingaben sind weiterhin möglich.

Auf Regierungsebene ist der tschechische Premierminister Topolánek durch seine Wiederwahl als Parteivorsitzender der

konservativen ODS zwar zunächst gestärkt. Doch innerhalb seiner Partei stehen sich bei aller demonstrativen Einigkeit die Befürworter und Gegner des Vertrags von Lissabon unversöhnlich gegenüber. Die Entscheidung des Parlaments über die Ratifizierung wurde am 9. Dezember 2008 erneut auf Februar 2009 vertagt. Ohnehin hat der tschechische Präsident Klaus bereits angekündigt, dass er sich mit der Unterschrift unter die Ratifizierungsurkunde Zeit lassen wird. Tschechische Juristen sind uneins darüber, ob die Unterschrift

derer Gestalt: Mit dem bis auf weiteres gültigen Vertrag von Nizza muss das Europäische Parlament stärker verkleinert werden als es der Vertrag von Lissabon vorsieht. Momentan sitzen im Parlament 785 Abgeordnete, mit Lissabon wären es 751, mit Nizza werden es nun 736. Betroffen von dieser größeren Verkleinerung sind zwölf Länder.

Die Bürger werden nur schwerlich die institutionelle Situation der EU in 2009 nachvollziehen können: Mit einem Vertrag

Nicht nur Irland wackelt: Drei weitere Problemfälle		
Deutschland	Polen	Tschechische Republik
<ul style="list-style-type: none"> 24. April 2008: Zustimmung im Bundestag 23. Mai 2008: Zustimmung im Bundesrat 08. Oktober 2008: Unterzeichnung des Ratifizierungsgesetzes durch Bundespräsident Horst Köhler Noch ausstehend: Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde durch den Bundespräsidenten. Erst nach Urteil des Bundesverfassungsgerichts. 	<ul style="list-style-type: none"> 01. April 2008: Zustimmung im Sejm 02. April 2008: Zustimmung im Senat 10. April 2008: Unterzeichnung des Ratifizierungsgesetzes durch Präsident Lech Kaczynski Noch ausstehend: Unterzeichnung der Ratifizierungsurkunde durch den Präsidenten. Erst wenn alle anderen EU-Mitgliedstaaten den Vertrag unterzeichnet haben. 	<ul style="list-style-type: none"> 24./25. Oktober 2008: Verlust der absoluten Mehrheit für die europaskeptische Regierungspartei ODS bei Teilwahlen zum Senat 26. November 2008: Verfassungsgericht erklärt Vertrag von Lissabon für verfassungskonform Noch ausstehend: Abstimmungen im Abgeordnetenhaus und Senat, Unterzeichnung von Ratifizierungsgesetz und -urkunde durch Präsident Vaclav Klaus

des Präsidenten rechtlich entscheidend ist oder nicht. Die tschechische Debatte um den Vertrag von Lissabon ist noch nicht zu Ende – Fortsetzung folgt im nächsten Jahr.

Wann das zweite irische Referendum zum Vertrag von Lissabon stattfinden wird, ist noch offen. Insbesondere **Abgeordnete des Europäischen Parlaments** hatten mehrmals darauf hingewiesen, wie wichtig ein erneutes Referendum noch vor den Europawahlen ist. Gerade das Parlament hätte mit dem neuen Vertrag viel gewonnen. Das Mitentscheidungsverfahren würde auf 95 Prozent der europäischen Gesetzgebung ausgeweitet, die Wahl des Kommissionspräsidenten erfolgte durch das Parlament und seine Zustimmung zum EU-Budget wäre zukünftig notwendig.

Das parlamentarische Interesse an einer schnellen Ratifizierung ist auch noch an-

von Nizza, der nach wie vor in Kraft ist. Einem Vertrag von Lissabon, der zwar bereits in 23 Mitgliedstaaten ratifiziert ist, aber – wenn überhaupt – erst 2010 kommen wird. Und einer Europawahl, von der von wenigen Monaten nur **16 Prozent der EU-Bürger** wussten, dass sie 2009 stattfinden wird. Die Befürchtung der schwedischen Europaministerin Malmström, der „**Schwebezustand der Institutionen**“ könnte zu erneuter Europaskepsis bei den Bürgern führen, ist nicht weit hergeholt. Das Europäische Parlament, die Europäische Kommission und der Ministerrat haben deshalb bereits in inter-institutionellen Vereinbarungen neue Kommunikationsfensiven beschlossen, um die EU in das ihrer Meinung nach richtige Licht zu setzen. Aber ist dieser Griff in die althergebrachte PR-Kiste mit Blick auf die Europawahlen erfolgversprechend?

IV

Eine echte „Europa-Wahl“

Die Befürworter der europäischen Integration, also der überwiegende Teil des politischen Establishments in Straßburg, Brüssel und den EU-Mitgliedstaaten, sollten aus den „Verfassungs-Vertrags-Wirren“ und den Debatten der vergangenen Monate nach dem irischen „Nein“ fünf Lehren für den anstehenden Europawahlkampf ziehen.

Erstens: Die EU hat kein Problem mit der älteren Generation, sondern mit der jüngeren. In Irland stieß der Vertrag von Lissabon vor allem bei Frauen und jungen Wählern auf Ablehnung. So stimmten 65 Prozent der 18-24-Jährigen und 59 Prozent der 25-39-Jährigen beim [ersten Referendum mit „Nein“](#). Das irische Beispiel dürfte auf zahlreiche, zumindest westeuropäische Mitgliedstaaten übertragbar sein.

„Das Ja-Lager muss kampagnenfähig werden.“

Dabei ist die jüngere Generation keineswegs mehrheitlich europaskeptisch. Im Gegenteil: Sie wachsen selbstverständlich europäisch auf, nicht nur die akademische „Generation ERASMUS“. Nur werden die Errungenschaften der europäischen Integration nicht jeden Tag neu gefeiert. Vor allem jedoch schlägt eine generelle Politikunzufriedenheit und ein, zumindest so wahrgenommener, Mangel an politischen Mitwirkungsmöglichkeiten negativ auf die EU durch. Weshalb sollte man da ausgerechnet einem Vertrag zustimmen, den selbst der irische EU-Kommissar für nicht lesenswert bzw. verständlich hält?

Zweitens: Das Ja-Lager muss endlich kampagnenfähig werden. Auch hier ist zunächst ein Blick in die Ergebnisse der Post-Referendums-Befragungen in Irland erhellend: Der Hauptgrund der irischen Ablehnung war nicht die inhaltliche Kritik am Vertrag, sondern fehlendes Wissen, Information und Verständnis. Sowohl unter

den „Ja“-Wählern, „Nein“-Wählern und Nicht-Wählern gab und gibt es eine große Mehrheit, die davon überzeugt ist, dass Irlands Interessen am Besten in der EU vertreten werden. Nur um von einer generellen EU-Zustimmung zu einer konkreten Zustimmung zu einem politischen Projekt wie dem Vertrag von Lissabon zu gelangen, bedarf es mehr als nur neuer Kommunikationsoffensiven der europäischen Institutionen.

Sowohl bei den Referenden in Frankreich und den Niederlanden als auch in Irland waren emotionale Gründe ausschlaggebend für das Ergebnis. Die Kampagnen der Verfassungs- bzw. Vertragsgegner waren origineller und witziger als die der Befürworter. Nicht zuletzt waren die virtuellen Kampagnen im Internet engmaschig miteinander vernetzt. War man einmal auf einer EU-kritischen Seite gelandet, gab es zahlreiche Verknüpfungen zu weiteren, inhaltlich ähnlich konzipierten Seiten. Auch in Europa, so scheint es, beherrscht man in Ansätzen die Obama-Grassroots-Technik des Internet-Wahlkampfes – ganz besonders gut darin sind vor allem aber EU-Kritiker.

Drittens: Der politische Umgang mit dem Referendums-„Nein“ könnte aber auch zu einem erfolgreichen Beispiel werden, wie künftige Europadebatten zu führen sind. Das offizielle Vorgehen auf nationaler und europäischer Ebene war nach einer kurzen Schockstarre besonnen und standhaft zugleich. Ein wichtiges Signal an alle EU-Mitgliedstaaten war, dass ausgerechnet in Großbritannien der Vertrag wie geplant ratifiziert wurde.

Die vergangenen Monate in Irland haben gezeigt, dass die Bürger durchaus Interesse an einer intensiven Europadebatte haben. Statt der üblichen verschämten Zustimmung zu einem komplexen Vertrag, sind die irischen Politiker erst dann in offensiv-emotionaler Art für Europa eingetreten als der Multimillionär Ganley mit seiner Organisation LIBERTAS auf die Bühne trat. Vor allem nach dem

Referendum hat in Irland eine offensive Debatte über pro und contra einer EU-Mitgliedschaft sowie einer weiteren Vertiefung der EU stattgefunden. Ob diese Diskussion letztlich zu einer Zustimmung der Bevölkerung zum Vertrag von Lissabon führen wird, ist noch ungewiss. Aber erst die klare Alternative, was mit Irland ohne seine EU-Mitgliedschaft geschehen würde, hat vielen (auch vielen Politikern) wieder die Bedeutung, darauf deuten die Umfrageergebnisse hin, der Europäischen Union deutlich gemacht.

Viertens: Die nationalen Parlamente müssen stärker in die EU-Politik einbezogen und Europa sollte zum Karrierevehikel werden. Der Vertrag von Lissabon sieht ersteres mit dem so genannten Frühwarnmechanismus vor. Er gibt den nationalen Parlamenten mehr Möglichkeiten, europäische Politik mit zu gestalten.

„Ein neues Narrativ für die EU.“

Im Bericht des Europaausschusses des irischen Parlaments wird zudem vorgeschlagen, dass die nationalen Parlamente zu jeder Ankündigung des Jahresprogramms der EU-Kommission gehört werden. Solche formellen Regelungen ändern jedoch nichts am grundlegenden Defizit der nationalen Politikgestalter: die weitgehende Unkenntnis und das Desinteresse an europäischer Politik.

Daran sollten die EU-Staats- und Regierungschefs ansetzen. Wirkungsvoller als

politische Erziehungspädagogik ist es am Grundinstinkt jedes Politikers anzuknüpfen: dem Machgewinn und Machterhalt. Wenn in jeder nationalen Regierungsbildung künftig gleich mehrere Europaabgeordnete sowie Europapolitiker der nationalen Parlamente berücksichtigt würden, dann nähme das Interesse an europäischer Politik rasant zu. Auch das sollte eine, wenn auch indirekte Lehre, aus den Referenden und für kommende Wahlen sein.

Fünftens: Die Europäische Union braucht ein neues „Narrativ“, eine Klammer für alte Werte und kommende Herausforderungen. Die Referendumsdebatten haben gezeigt, dass die gegenüber Brüssel und der EU gefühlte Distanz nicht allein rational verringert werden kann. Das „Europa der Projekte“, wie von Kommissionspräsident Barroso vor Jahren avisiert, trägt als Idee nicht. Gleichwohl scheint „Europa als Friedensprojekt“ zwar Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden zu haben, als Identifikationspunkt taugt dieser Begriff jedoch ebenso nicht mehr.

Ausgerechnet die globale Finanz- und beginnende Weltwirtschaftskrise könnte so für die Europäische Union nun zum Katalysator einer neuen Idee werden: Das „solidarische Europa“ könnte entstehen. Solidarisch nach innen gegenüber seinen Bürgern sowie nach außen gegenüber den aufstrebenden Schwellen- und Entwicklungsländern. Könnte – denn jetzt ist erst mal Krise.

Weiterführende Literatur:

Houses of the Oireachtas, Report of the Sub-Committee on Ireland's future in the European Union: Challenges, Issues and Options, November 2008

Institute of International and European Affairs, Ireland's Future after Lisbon. Issues, Options, Implications, November 2008

Milward Brown IMS, Post Lisbon Treaty Referendum Research Findings, September 2008

Europäische Kommission, Post-referendum survey in Ireland. Preliminary results, Flash Eurobarometer, Juni 2008

V.i.S.d.P.

Bertelsmann Stiftung
Carl Bertelsmann Straße 256
D-33311 Gütersloh
www.bertelsmann-stiftung.de

Dr. Dominik Hierlemann
dominik.hierlemann@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81537

Joachim Fritz-Vannahme
joachim.vannahme@bertelsmann.de
Telefon +49 5241 81 81421

Zuletzt erschienen:

spotlight europe # 2008/12
Welcome Back, America?
Josef Janning

spotlight europe # 2008/11
Solidarität in der EU
Joachim Fritz-Vannahme

spotlight europe # 2008/10
Frozen Conflicts – Kant reloaded
Stefani Weiss